

Pressemitteilung 31/2017

Halle (Saale), den 25. August 2017

Kommunen haben Zukunft nicht im Blick

Deutschlands Kommunen machen ihre Investitionen vorrangig von der aktuellen Finanzlage abhängig und zu wenig davon, wie sich die Bevölkerung in Zukunft entwickeln wird. Machen die Kommunen so weiter, werden einige in 20 Jahren chronisch unter- und andere überfinanziert sein, fanden Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Mitautoren heraus.

Eine wachsende Kommune sollte möglichst viel in Infrastruktur investieren, damit sie ihre Standortattraktivität auch in Zukunft erhalten kann. Schrumpfende Kommunen hingegen sollten sich mit Investitionen zurückhalten, damit sie sich am Ende nicht mit ungenutzten Straßen oder Schulen konfrontiert sehen. Die aktuellen Forschungsergebnisse der IWH-Ökonomen Reint E. Gropp, Martin Altemeyer-Bartscher und Peter Haug zeigen jedoch, dass die Kommunen in Deutschland bei ihren Investitionen weniger die Zukunft im Blick haben als vielmehr ihre aktuelle finanzielle Lage. „Einige finanzstarke, aber schrumpfende Kommunen investieren relativ viel in ihre Infrastruktur, wachsende Orte hingegen erweitern ihre Infrastruktur aber nur sehr unzureichend,“ so Gropp. „Die Kommunen machen ihre Investitionen von der aktuellen Steuerkraft abhängig statt von der zukünftigen Entwicklung. Damit wird in Teilen Deutschlands Geld in Infrastruktur gesteckt, die gar nicht gebraucht wird. In anderen Landesteilen wird es dafür in 20 Jahren an Straßen und Schulen fehlen. Große Summen Geld werden also an der falschen Stelle ausgegeben,“ erklärt der Ökonom.

Reiche, aber schrumpfende Regionen, die derzeit zu viel in Infrastruktur investieren, sind beispielsweise die bayerischen Landkreise München und Donau-Ries, die kreisfreie Stadt Wolfsburg oder der Bodenseekreis in Baden-Württemberg. Zu den Landkreisen, die aktuell zu wenig investieren, gehören dagegen Wiesbaden und Mainz, aber auch Teile des Ruhrgebiets wie Dortmund, Kleve und Duisburg oder auch Jena in Thüringen.

Kommunale Infrastruktur ist teuer und sollte daher nachhaltig geplant werden. Die Ökonomen fordern daher die Kommunalpolitiker zum Umdenken auf: „Natürlich ist es wichtig, den heutigen Bedarf zu berücksichtigen“, erläutert Gropp. „Aber eine Straße, die heute gebaut wird, hält 20 Jahre lang. Selbst wenn deren Bau heute nötig scheint, kann es sein, dass in zehn Jahren niemand mehr in dieser Gegend wohnt, und unter dieser Voraussetzung ist die Straße völliger Irrsinn.“ Würde die demographische Entwicklung stärker in die Planung einbezogen, ließe sich nicht nur Geld sparen. Wachsende Regionen könnten auch ihr Potenzial voll ausschöpfen.

Sperrfrist
25. August 2017, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Reint E. Gropp
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Schlagwörter
öffentliche Investitionen,
demographischer Wandel,
Kommunalfinanzen

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Die Gefahr, dass schrumpfende Landkreise in einen Teufelskreis aus Finanzknappheit und Bevölkerungsrückgang geraten, sehen die Forscher indes nicht. Problematisch sei in diesem Zusammenhang eher der Zuzug aus EU- und Drittländern: „Zuwanderer zieht es meist in die Ballungszentren,“ erklärt Gropp. „Das sind aber eben vor allem die Regionen, die schon jetzt ein Investitionsdefizit haben. Die Situation könnte sich also sogar noch verschärfen.“

Für die Studie untersuchten die Ökonomen das Investitionsniveau der deutschen Landkreise im Jahr 2013. Im Durchschnitt investierten die Kommunen 272,20 Euro pro Kopf in Schwimmbäder, Straßen und Schulen, insgesamt also rund 22 Milliarden Euro. Mit Hilfe der Daten der Raumordnungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung konnten sie anschließend berechnen, inwieweit diese Investitionen zu der erwarteten Bevölkerungsentwicklung passen.

Veröffentlichung

Altemeyer-Bartscher, Martin; Gropp, Reint E.; Haug, Peter: Der demographische Wandel und kommunale Investitionen. [IWH Online 1/2017](#). Halle (Saale) 2017.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 [Das IWH auf Twitter](#)

 [Das IWH auf Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.